

- 3 **Klimakrise** Stagnation hilft nicht
- 4 **Liefersdienste** Je höher der Umsatz, desto größer die Verluste
- 6 **Gesundheitsschutz** Beschäftigte besser einbinden

VERTEILUNG

Armut gefährdet die Demokratie

Die soziale Ungleichheit hat sich in den vergangenen Jahren zum Teil weiter verschärft. Darunter leidet auch das Vertrauen in das politische System.

Die Einkommensungleichheit in Deutschland hat während der Coronakrise neue Höchstwerte erreicht und 2022 kaum abgenommen. Auch die Armutsquote war im vergangenen Jahr nach wie vor höher als vor der Pandemie. Das geht aus dem neuen WSI-Verteilungsbericht hervor, für den Jan Brülle und Dorothee Spannagel die aktuellsten vorliegenden Daten aus dem Mikrozensus und dem Sozio-oekonomischen-Panel (SOEP) ausgewertet haben. Laut der Analyse der WSI-Fachleute spiegelt sich die soziale Unwucht auch im Ansehen staatlicher Institutionen: Mehr als die Hälfte der Armen hat nur wenig Vertrauen in die Politik, rund ein Drittel vertraut dem Rechtssystem allenfalls in geringem Maße.

2010 bis 2019 hatte das obere Quintil meist das 4,3-Fache zur Verfügung, 2020 das 4,5-Fache, 2021 das 4,7-Fache. Für das Jahr 2022 ergibt sich ein Verhältnis von 4,6. Das sei „bei aller gebotenen Vorsicht in Anbetracht der Einschränkungen in der Vergleichbarkeit der Daten ein Hinweis darauf, dass die Einkommensungleichheit gestiegen ist“, schreiben die Forschenden.

Indizien für gewachsene Ungleichheit der Einkommen

Am Gini-Koeffizienten, der die Einkommensungleichheit auf einer Skala von null bis eins misst, hatte sich laut dem Verteilungsbericht in den Jahren vor der Pandemie wenig geändert, nachdem es vor allem zu Beginn des Jahrtausends zu einem deutlichen Anstieg gekommen war. 2020 hat sich der Koeffizient dann gegenüber dem Vorjahr von 0,29 auf 0,30 erhöht – wobei ein direkter Vergleich zwischen den beiden Jahren nur eingeschränkt möglich sei, weil es im ersten Corona-Jahr methodische Änderungen beim Mikrozensus und einige Erhebungsprobleme gab, so Brülle und Spannagel. Auch 2021 und 2022 sei es beim Gini-Wert von 0,30 geblieben.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man das Einkommen des obersten Fünftels in der Einkommenspyramide mit dem des untersten vergleicht: Von

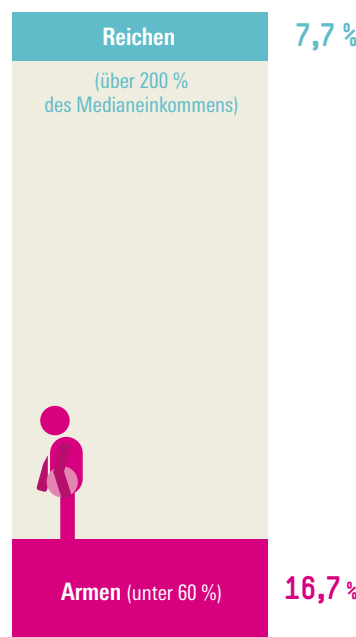
Armut: Corona hat die Lage verschlimmert

Eindeutig zugenommen hat laut der Untersuchung die Einkommensarmut. Als arm gelten gemäß der üblichen wissenschaftlichen Definition Menschen, deren bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland beträgt. Sehr arm sind Personen, die nicht einmal auf 50 Prozent kommen. Für einen Singlehaushalt entspricht das maximal 1200 beziehungsweise 1000 Euro im Monat.

Im Jahr 2022 lebten 16,7 Prozent der Bevölkerung in Armut, 10,1 Prozent sogar in strenger Armut. 2010 waren es noch 14,5 und 7,7 Prozent. Während der Coronakrise stieg die Armutsquote zunächst weiter an, wobei auch hier der Vergleich zwischen 2020 und den vorherigen Jahren nur eingeschränkt möglich ist. Von 2021 auf 2022 sank sie geringfügig von 16,9 auf 16,7 Prozent. Als eine mögliche Erklärung nennen Brülle und Spannagel die Entlastungsmaßnahmen, die die Politik 2022 auf den Weg gebracht hat. Auch wenn die oberen Einkommenschichten in absoluten Zahlen mindestens ähnlich stark profitiert haben, habe die Bundesregierung mit ihrer Anti-Krisen-Politik möglicherweise einen kleinen Beitrag zur Armutsbekämpfung geleistet. > > >

Jenseits der Mittelschicht

So hoch war 2022 in Deutschland der Anteil der ...



Quelle: Brülle, Spannagel 2023

Kaum Geld für Kleidung oder Heizung, große Sorgen

Die WSI-Auswertung macht anschaulich, dass Armut selbst in einem reichen Land wie der Bundesrepublik nicht selten mit deutlichen alltäglichen Entbehrungen verbunden ist. Bereits im Jahr vor der großen Teuerungswelle war neue Kleidung unerschwinglich für 17 Prozent der Menschen, die „dauerhaft“, also über fünf oder mehr Jahre, unter der Armutsgrenze lebten. Unter den Menschen, die nicht durchgehend, sondern nur temporär arm waren, betrug der Anteil 8 Prozent. Knapp 59 Prozent der dauerhaft und gut 34 Prozent der temporär Armen hatten keinerlei finanzielle Rücklagen. Mehr als 4 Prozent der dauerhaft Armen fehlte schon im Jahr vor der Energiepreisexplosion das Geld, die Wohnung angemessen zu heizen, 5 Prozent konnten nicht einmal neue Schuhe kaufen.

Wenig überraschend ist, dass sich arme Menschen überdurchschnittlich oft große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation oder um die eigene Altersversorgung machen. Auch bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit schneiden sie schlechter ab – und bei der Gesundheit: Mehr als ein Drittel der dauerhaft und 27 Prozent der temporär Armen machen sich große Sorgen um die eigene Gesundheit. Unter den Einkommensreichen ist dagegen weniger als ein Zehntel sehr besorgt.

Fehlende Anerkennung fördert Politikverdrossenheit

Auch in der alltäglichen Interaktion mit anderen Menschen wird soziale Ungleichheit spürbar: Gut 24 Prozent der dauerhaft Armen geben an, dass andere auf sie herabsehen. Dagegen nehmen das weniger als 14 Prozent der temporär Armen, 8 Prozent der Personen mit mittleren Einkommen und nur 3 Prozent der Einkommensreichen so wahr. Einkommensreiche Menschen geben zu 48 Prozent an, dass andere oft zu ihnen aufschauen, dauerhaft Arme nur zu 28 Prozent.

„Solche Unterschiede im Erleben von Anerkennung und Missachtung können eine Entfremdung unterer Einkommensklassen von der Gesellschaft, aber auch vom politischen System begünstigen“, warnen Brülle und Spannagel. Tatsächlich gibt es unter den Einkommensreichen nur wenige – deutlich unter zehn Prozent – die der Polizei oder dem Rechtssystem nicht oder wenig vertrauen. Dauerhaft Arme hingegen misstrauen zu knapp 22 Prozent der Polizei und zu fast 37 Prozent dem Rechtssystem. Ein geringes Vertrauen in den Bundestag geben knapp 19 Prozent der Einkommensreichen, gut 40 Prozent der temporär und gut 47 Prozent der dauerhaft Armen zu Protokoll. In Bezug auf Po-

litikerinnen und Politiker sprechen gut 58 der dauerhaft und fast 54 Prozent der temporär Armen von geringem Vertrauen, gegenüber Parteien tun das 56 beziehungsweise knapp 54 Prozent. Allerdings äußert in beiden Fällen knapp die Hälfte der Menschen mit mittleren Einkommen ebenfalls erhebliche Skepsis. Nur unter den Einkommensreichen erwecken Parteien und Politikerinnen bei einer soliden Mehrheit von rund 63 Prozent größeres oder großes Vertrauen.

Niedriglöhne eindämmen, Reiche in die Pflicht nehmen

„Auch wenn die gesellschaftlichen Auswirkungen der vergangenen Krisen in ihrer Breite noch gar nicht abzuschätzen sind, deutet vieles darauf hin, dass sie die soziale Spaltung in Deutschland vertieft haben“, resümieren Brülle und Spannagel. Dabei erkennen sie durchaus Erfolge im Krisenmanagement der Politik an: Die Entlastungspakete der Bundesregierung hätten gewirkt und Haushalte mit niedrigen Einkommen nachweislich entlastet. „Aber sie waren eben nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein und haben an den strukturellen Ursachen der wachsenden Ungleichheiten nichts geändert.“

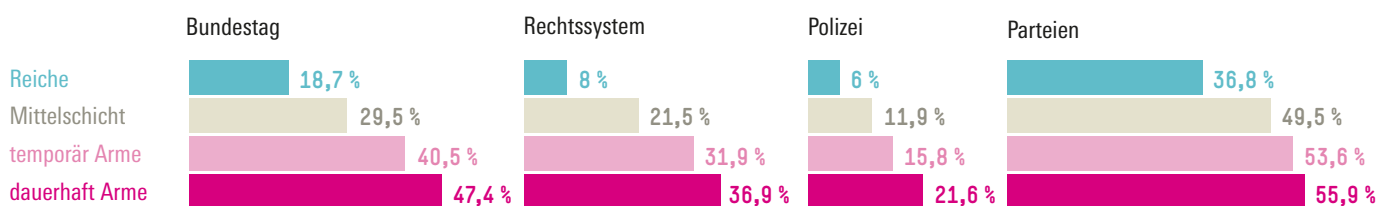
Die Forschenden empfehlen, die Grundsicherung auf ein armutsfestes Niveau anzuheben. Das sei beim Einstieg ins Bürgergeld nicht passiert. Immerhin setze die von der Bundesregierung angekündigte Kindergrundsicherung „ein positives Signal“ – auch wenn noch unklar sei, inwiefern sie tatsächlich zur Reduzierung von Armut beitragen kann. Um Armut trotz Arbeit zu reduzieren, brauche es eine zügige und stärkere Erhöhung des Mindestlohns, eine Stärkung der Tarifbindung sowie deutlich mehr „einzelfallorientierte Weiterqualifikationsmaßnahmen“ und einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, um die Erwerbschancen von Eltern zu verbessern.

Reiche und Superreiche wiederum sollten laut Brülle und Spannagel stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt werden. Dazu beitragen könnten ein höherer Spitzensteuersatz, eine progressive Vermögenssteuer sowie das Stopfen von Schlupflöchern in der Erbschaftsteuer. Dabei müsse es bei der Vermögens- und der Erbschaftsteuer hohe Steuerfreibeträge geben, betonen die WSI-Fachleute. „Es geht nicht darum, die Steuern für die Mitte der Gesellschaft zu erhöhen; es sind die Reichen und Reichsten dieser Gesellschaft, die einen größeren Beitrag zu unserem Gemeinwohl leisten müssen.“ <

Quelle: Jan Brülle, Dorothee Spannagel: Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie, WSI-Verteilungsbericht 2023, WSI-Report Nr. 90, November 2023 [Link zur Studie](#)

Aus Armut entsteht Misstrauen

Geringes Vertrauen hatten 2021 in ...



dauerhafte Armut: seit 2017 durchgängig weniger als 60 % des Medianeinkommens, temporäre Armut: 2021 unter 60 %, mittlere Einkommen: 60 bis 200 %, Reichtum: über 200 %; Quelle: Brülle, Spannagel 2023

Hans Böckler
Stiftung

Stagnation hilft nicht

Sind die Klimaziele am besten zu erreichen, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst? Das klingt erst mal plausibel, ist aber kaum umzusetzen.

Der weltweite CO₂-Ausstoß nimmt weiter zu, im vergangenen Jahr um knapp ein Prozent gegenüber 2021. Trotz aller Bemühungen, fossile Energieträger durch klimaneutrale Technologien zu ersetzen. Kein Wunder, wenn die Menge der produzierten Waren und Dienstleistungen jedes Jahr rasant zunimmt und die Produktion weiter auf dem Einsatz CO₂-intensiver Energie beruht, meinen einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, und würden dem Wirtschaftswachstum gern einen Riegel vorschieben. Fabian Lindner, Ökonomeprofessor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, hat sich mit diesen Argumenten auseinandergesetzt. Sein Fazit: „Kein Wachstum ist auch keine Lösung“ – unter anderem, weil es dann schwierig wird, den notwendigen Umstieg auf klimaschonende Technologien zu finanzieren.

Lindner unterscheidet zwischen Befürworterinnen und Befürwortern einer Degrowth-Strategie, die zumindest in den reichen Ländern eine schrumpfende Wirtschaftsleistung anstreben, und einer Postwachstums-Bewegung, die sich mit einer Stagnation auf dem aktuellen Niveau zufriedengeben würden. Dabei strebe die Degrowth-Fraktion in der Regel eine Überwindung des herrschenden Wirtschaftssystems an, während Postwachstums-Anhänger und -anhängerinnen eher auf eine Fortentwicklung des wohlfahrtsstaatlich eingebetteten Kapitalismus setzen. Gemeinsam ist beiden Gruppen die Überzeugung, dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht mehr zunehmen sollte, womit das seit Jahrzehnten verfolgte wirtschaftspolitische Ziel Nummer eins vom Tisch wäre.

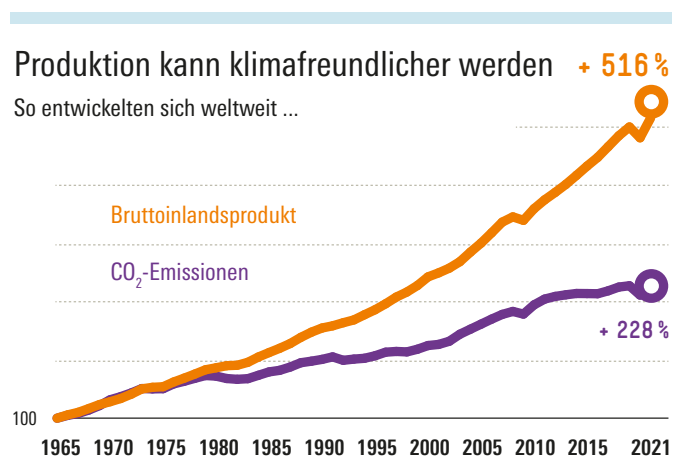
Was wäre die Folge, in ökologischer wie sozialer Hinsicht? Was das Klima betrifft, weist Lindner darauf hin, dass auch in einem Stagnations- oder Schrumpfungsszenario die Technologie besser werden muss, um das langfristige Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft zu erreichen. Schließlich lasse sich die Produktion nicht auf null herunterfahren, weil die „Menschen für ihr Überleben immer Güter und Dienstleistungen herstellen müssen“. Allerdings dürfte es in einer schrumpfenden Wirtschaft deutlich schwieriger werden, die nötigen Mittel für Investitionen in Klimaschutz aufzubringen, als in einer prosperierenden, so der Forscher. Zudem hänge nicht nur die Höhe grüner Investitionen erfahrungsgemäß vom Wirtschaftswachstum ab, sondern die Aktivitäten zur Dekarbonisierung der Produktion erzeugten selbst wiederum Wachstum.

Ob ein Verzicht auf Wirtschaftswachstum für sich genommen dem Klima nutzen würde, ist also bereits zweifelhaft. Aber auch die sozialen Konsequenzen müssen bedacht werden – schon allein, weil eine ökologische Transformation in einer von Verteilungskämpfen zerrissenen Gesellschaft schwieriger umzusetzen sein dürfte, so Lindner. Grundsätzlich sei es in einer wachsenden Wirtschaft mit zunehmenden Einkommen leichter, Verteilungskonflikte zu lösen.

Denn bei steigenden Einkommen „kann im Prinzip jeder mehr erhalten, ohne dass andere verzichten müssen“. Die Verteilungskämpfe würden sich „massiv verstärken, wenn das BIP stagniert oder sogar schrumpft“.

Verwerfungen würden Postwachstum oder Degrowth auch für den Arbeitsmarkt bedeuten. Bei steigender Arbeitsproduktivität werden für die gleiche Produktionsmenge immer weniger Menschen gebraucht. Solange die Wirtschaft im gleichen Maße wächst wie die Arbeitsproduktivität, entstehen genug neue Stellen, um die Jobverluste aufzufangen. Wenn die Wirtschaft insgesamt aber nicht wächst, steigt die Arbeitslosigkeit.

Alle diese Probleme durch staatliche Umverteilung und Wirtschaftsplanung zu lösen, dürfte nach Lindners Ein-



Quelle: Lindner 2023

Hans Böckler Stiftung

schätzung schwierig werden. Er fürchtet, dass viele der nötigen Korrekturen „politisch kaum durchsetzbar“ wären und die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zunehmen würde. Der Wohlstandsverlust wäre einer Modellrechnung zufolge gewaltig, wenn das Welt-BIP insgesamt stagnieren sollte – und lediglich den ärmsten Ländern weiteres Wachstum zur Armutsbekämpfung erlaubt würde: Dann müsste das BIP in Industrieländern wie Deutschland oder den USA um 70 Prozent und mehr sinken.

Was bleibt als Alternative? Lindner: „Es ist Grünes Wachstum.“ Dazu müssten private und staatliche Investitionen in die Dekarbonisierung so stark steigen, dass es gelingt, den Anstieg der globalen Temperatur zu begrenzen. Nötig sei eine massive globale Ausweitung von Forschung und Entwicklung sowie Investitionen in klimaneutrale Technologien. Und gleichzeitig eine Politik, die Einkommensungleichheit reduziere und öffentliche Güter wie Gesundheit und Bildung stärke, um die Lebensqualität zu erhöhen. <

Quelle: Fabian Lindner: Kein Wachstum ist auch keine Lösung, Wirtschaftsdienst 8/2023
[Link zur Studie](#)

Je höher der Umsatz, desto größer die Verluste

Kaum bestellt, schon geliefert. Damit werben Online-Lieferdienste. Doch das Geschäftsmodell dahinter ist wackelig und die Beschäftigten haben oft das Nachsehen.

Kein Brot mehr da, keine Butter, keine Wurst? Und nach Feierabend zu geschafft, um noch zum Supermarkt zu fahren? Blitzlieferdienste versprechen Abhilfe. Sie liefern Lebensmittel innerhalb weniger Minuten oder fertige Gerichte aus dem Restaurant. Bestellt wird online. Das ist bequem für Nutzerinnen und Nutzer, die kleinere Notkäufe tätigen. Doch wie nachhaltig wirtschaften die Lieferdienste? Mit dieser Frage beschäftigt sich eine Studie von Navid Armeli, Sebastian Campagna und Alexander Sekanina vom I.M.U sowie dem Experten für Bilanzanalyse Markus Sendel-Müller.

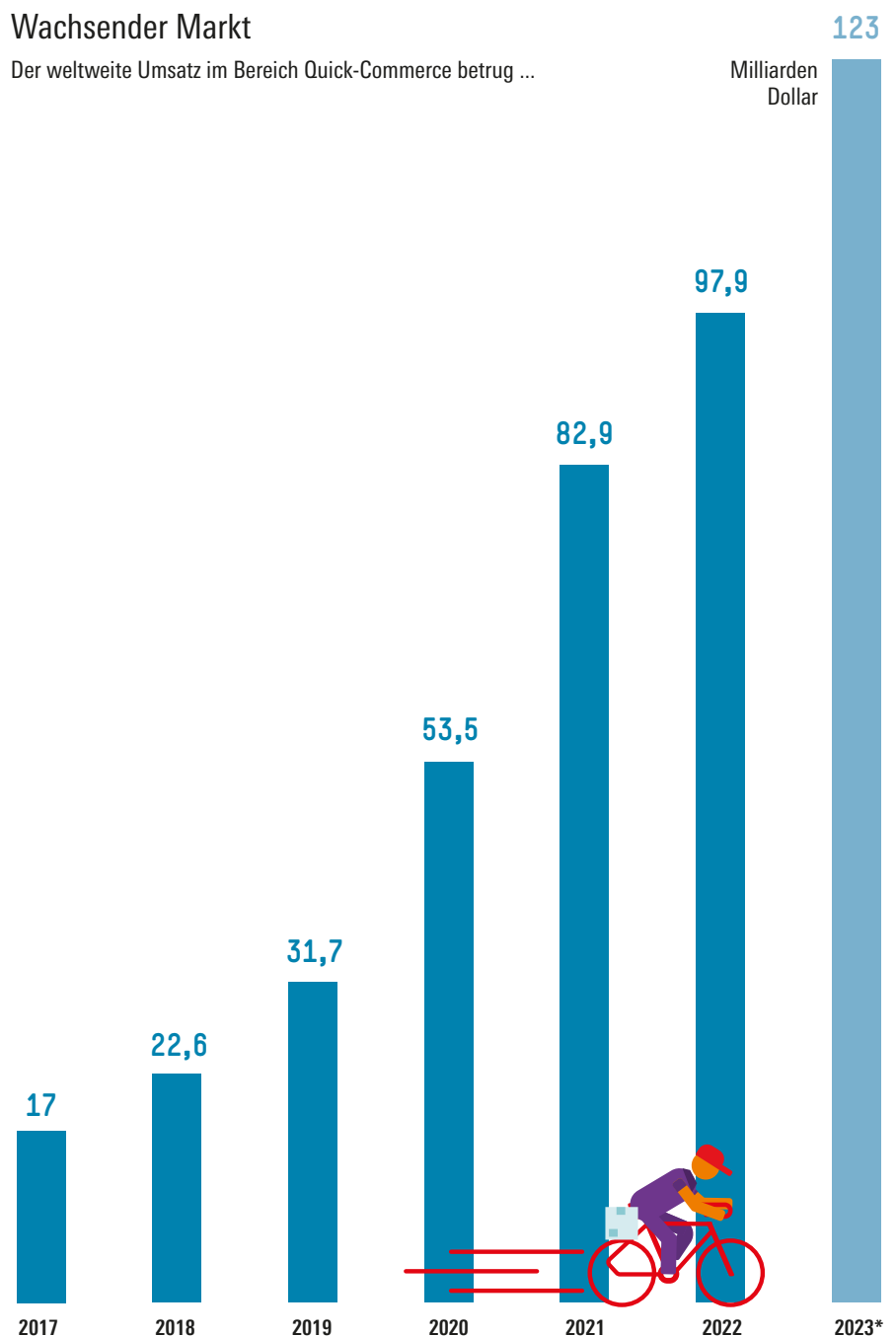
Die Forscher haben die wirtschaftliche Situation von fünf Lebensmittellieferdiensten anhand von Kennzahlen aus den Jahresabschlüssen über einen Zeitraum von sechs Jahren untersucht. Unter Berücksichtigung der Ertragslage, der Liquidität und der Finanzierung haben sie beleuchtet, ob die Geschäftsmodelle dauerhaft wirtschaftlich betrieben werden können. Zu den untersuchten Unternehmen zählen Just eat Takeaway, Delivery Hero, Hello Fresh, JD.com und Meituan Maicai. Andere Anbieter wie Getir oder Flink konnten nicht einbezogen werden. Diese Unternehmen veröffentlichen nicht regelmäßig Finanzdaten, da sie im Gegensatz zu börsennotierten Unternehmen nicht den Berichtspflichten des Kapitalmarktes unterliegen.

Blitzlieferdienste gehören zur Branche des Quick-Commerce, kurz: Q-Commerce. Im Gegensatz zu konventionellen Lebensmittelhändlern verfügen die Schnelllieferdienste nicht über Verkaufsflächen, sondern über kleine Lager, die sie an strategisch günstigen Standorten in Ballungsräumen anmieten. Entsprechend klein ist das Warensortiment, insbesondere im Vergleich zum stationären Lebensmittelhandel. Verbraucher und Verbraucherinnen bestellen die Lebensmittel und Fertiggerichte online. Von sogenannten Ridern, die meist mit Fahrrad oder Motorroller unterwegs sind, werden die Produkte innerhalb kurzer Zeit bis an die Haustür geliefert.

Die Rider arbeiten häufig als (Schein-)Selbstständige, was ihnen zwar Flexibilität bietet, aber hinsichtlich ihrer sozialen Absicherung problematisch ist. Für ihre Tätigkeit brauchen sie keine klassische Ausbildung. Dies erklärt, warum viele trotz geringer Bezahlung und schlechter Absicherung bereit sind, diesen Job zu machen, aber auch, warum sie es schwer haben, bessere Bedingungen durchzusetzen. „Maßgeblich für die Arbeitsbedingungen ist der wirtschaft-

Wachsender Markt

Der weltweite Umsatz im Bereich Quick-Commerce betrug ...

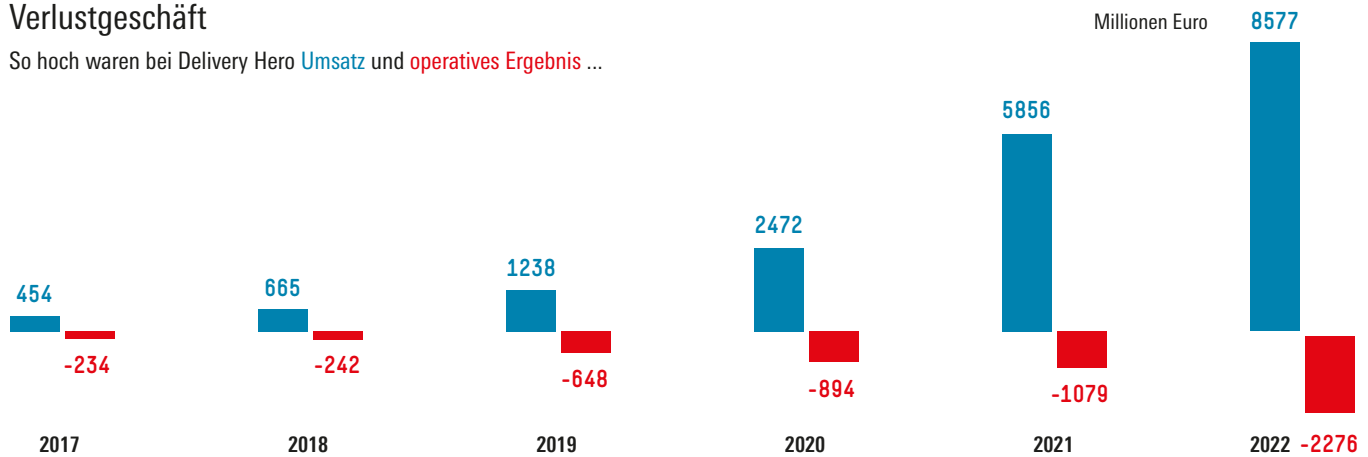


*Schätzung; Quelle: Statista 2023

Hans Böckler
Stiftung

Verlustgeschäft

So hoch waren bei Delivery Hero Umsatz und operatives Ergebnis ...



Quelle: Armeli u. a. 2023

Hans Bockler
Stiftung

liche Erfolg der einzelnen Unternehmen. Lediglich ertrags- und liquiditätsstarke Unternehmen können ihren Mitarbeitenden langfristig eine wirtschaftliche Perspektive bieten“, schreiben die Forscher. „Unsere Analyse zeigt jedoch, dass in den untersuchten Unternehmen die beschriebenen Erfolgsperspektiven bis dato fehlen oder zumindest als gering einzustufen sind.“

Risikokapital finanzierte das Wachstum

Die Branche ist zwar in den letzten Jahren stark gewachsen. Dieses Wachstum sei jedoch zu einem erheblichen Teil durch Risikokapitalgeber finanziert und nicht in Profite umgemünzt worden, so die Forscher. Insofern sei davon auszugehen, dass ein Großteil der Unternehmen ihre Dienstleistungen unterhalb des Deckungsbeitrages anbieten, was dauerhaft zu einem ruinösen Wettbewerb führt. Die I.M.U.-Analyse zeigt, dass die Lieferdienste bei keiner der untersuchten Rentabilitätskennziffern mit einer Vergleichsgruppe etablierter und börsennotierter Unternehmen aus dem Bereich Handel, Konsum und Nahrungsmittel mithalten können. Lediglich in den Corona-Jahren hat sich ihr Rückstand – zum Beispiel beim Gewinn vor Steuern und Zinsen – vorübergehend verringert, danach sind sie aber wieder deutlich hinter die Vergleichsgruppe zurückgefallen. Diese Entwicklung deute auf einen Corona-bedingten „Strohfeuerereffekt“ hin, schreiben Armeli, Campagna, Sekanina und Sendel-Müller. Das hätten auch die Kapitalgeber erkannt. Sie seien seit 2022 bei der Bereitstellung von Risikokapital zurückhaltender geworden, was den Druck auf die Branche, die Profitabilität zu steigern, weiter erhöhe.

Ein Beispiel für die Entwicklung von 2017 bis 2022 ist das Unternehmen Delivery Hero mit Sitz in Berlin. Die anfänglich geringen Umsätze bei gleichzeitigen Verlusten waren für ein Start-up zunächst zu erwarten. Insbesondere in der Zeit der Corona-Pandemie stiegen die Umsätze des Lieferdienstes rasant an, was jedoch bis Ende 2022 nicht zu einer Verringerung der Verluste führte. Im Gegenteil: Mit steigendem Umsatz wuchsen auch die roten Zahlen. Erst im ersten Halbjahr 2023 reduzierte sich der Verlust deutlich – allerdings lag das Minus immer noch bei 832 Millionen Euro. Ein typisches Phänomen schnell wachsender Unternehmen, bei denen zunächst nur der Umsatz zählt, während Gewinnmargen und Kosten weniger Beachtung finden. Es sei da-

von auszugehen, dass bei Unternehmen wie Flink, Delivery Hero und anderen der durchschnittliche Warenkorbwert pro Bestellung zwischen 15 und 25 Euro liegt, heißt es in der Studie. Ein positiver Deckungsbeitrag sei nach Einschätzung von Fachleuten jedoch erst ab etwa 30 Euro möglich. Bisher sei es keinem Anbieter gelungen, mit dem operativen Geschäft einen Gewinn zu erwirtschaften.

Nur wenige werden überleben

Eine Konsolidierung des Marktes scheint unausweichlich und ist bereits im Gange. So wurde der deutsche Branchenprimus Gorillas nur rund zwei Jahre nach seiner Gründung bereits vom türkischen Wettbewerber Getir übernommen. Zeitweise stand im Raum, dass Getir auch Flink übernehmen könnte. Stattdessen baute jedoch das Handelsunternehmen Rewe seine Beteiligung an Flink aus. Mittlerweile schrumpft die Deutschlandpräsenz Getirs massiv. Es sei zu erwarten, dass nur wenige der heutigen Anbieter überleben werden, so die Forscher. Der Markt werde sich voraussichtlich auf ein bis zwei große Unternehmen und einige Nischenanbieter konzentrieren. Zudem sei ein weiterer Trend zu beobachten: Anbieter wie Knuspr und Picnic investierten massiv in Automatisierung, um mittelfristig die Kosten zu senken. In Zukunft könnten Bestellungen vollautomatisch zusammengestellt und zu den Lieferfahrzeugen gebracht werden.

Ein Problem ist und bleibt vorerst, die Auslieferung der Waren zum Endkunden, die „letzte Meile“, unter den gegebenen Bedingungen kostendeckend zu gestalten. Schlechte Aussichten also für die Beschäftigten. Sie müssen damit rechnen, dass Niedriglöhne ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftsmodelle in der Branche bleiben. Die Ergebnisse der Studie zeigen laut den Forschern, wie wichtig eine breite Debatte über die Situation und die Perspektive der dort Beschäftigten ist. Eine erfolgreiche Transformation erfordere „sowohl ideelle als auch materielle Teilhabe“, schreiben sie. „Dafür braucht es ertragsstarke Unternehmen und eine sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit.“ <

Quelle: Navid Armeli, Sebastian Campagna, Alexander Sekanina, Markus Sendel-Müller: Wirtschaftlichkeit von Q-Commerce, Untersuchung der Wirtschaftlichkeit von Plattformunternehmen auf Basis jahresabschlussanalytischer Kennzahlen am Beispiel von Lebensmittellieferdiensten, Mitbestimmungsreport Nr. 78, Oktober 2023 [Link zur Studie](#)

Beschäftigte besser einbinden

Beim Gesundheitsschutz haben viele Betriebe Fortschritte gemacht – auch als Reaktion auf die Corona-Pandemie. Es ist aber noch viel zu tun.

Bewegungsmangel oder Rauchen gefährden die Gesundheit, aber auch schlechte Arbeitsbedingungen stellen ein erhebliches Risiko für Körper und Psyche dar. Einen wichtigen Beitrag können daher Unternehmen leisten, indem sie für gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen sorgen. Inwieweit sie dieser Verantwortung gerecht werden, haben Elke Ahlers und Valeria Quispe Villalobos vom WSI anhand von Daten der WSI-Betriebs- und Personalrätebefragung 2021 untersucht. Ihrer Analyse zufolge haben sich Management und Interessenvertretungen in vielen Unternehmen zuletzt – auch aufgrund der Corona-Pandemie – intensiv mit Gesundheitsthemen befasst. Instrumente des betrieblichen Gesundheitsmanagements wie beispielsweise Gefährdungsbeurteilungen werden zunehmend genutzt. Bei der konkreten Umsetzung von Verbesserungen und der Beteiligung von Beschäftigten hapert es allerdings oft.

Arbeitsschutz sei ein „klassisches Thema der betrieblichen Interessenvertretung“, das durch die Coronakrise ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt sei, schreiben Ahlers und Quispe Villalobos. Während bei Betriebs- und Personalräten vorher vor allem Überstunden, Arbeitsintensivierung, Zeit- und Leistungsdruck die Agenda beherrschten, hatten 2021 die drei meistgenannten Arbeitsfelder auch mit der Pandemie zu tun: Mit Corona und den Folgen für den Betriebsablauf befassten sich 89 Prozent der Befragten, mit Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung 86,1 Prozent, mit mobiler Arbeit und Homeoffice 80,5 Prozent.

Betriebliche Gesundheitsförderung ist weit verbreitet

Vielen Arbeitgebern scheint Gesundheitsschutz ebenfalls ein Anliegen zu sein: Fast drei Viertel der Betriebe boten laut der Auswertung 2021 betriebliche Gesundheitsförderung an. Der Anteil steigt mit der Größe der Firmen: Wo bis zu 50 Beschäftigte arbeiten, beträgt er 56,6 Prozent, ab 500 Beschäftigten 87 Prozent. Im Vergleich von elf großen Branchen liegen Finanzen und Versicherungen mit 86,9 Prozent und die öffentliche Verwaltung mit 82,3 Prozent vorn, der Bereich Investitionsgüter mit 58,8 Prozent hinten. „Damit zeigt sich zwar keine flächendeckende, aber trotzdem eine breite Akzeptanz in den Unternehmen“, urteilen die Forscherinnen. Sie sei zudem im Laufe der Zeit deutlich gestiegen: 2015 gab es betriebliche Gesundheitsförderung nur bei gut der Hälfte der mitbestimmten Firmen. Allerdings ist aus anderen Studien bekannt, dass Betriebe mit Betriebsrat deutlich mehr für die Gesundheit der Beschäftigten tun als Betriebe ohne Mitbestimmung. Die Quote dort könnte also spürbar niedriger liegen.

Betriebliches Eingliederungsmanagement, ein gesetzlich vorgeschriebenes Instrument, das Beschäftigte nach längerer krankheitsbedingter Auszeit bei der Rückkehr in den Job unterstützen soll, bieten 89,7 Prozent der befrag-

ten Betriebe an. Auch hier finden sich Unterschiede im Hinblick auf Betriebsgröße und Branche, die aber wegen des obligatorischen Charakters der Vorschriften weniger ins Gewicht fallen.

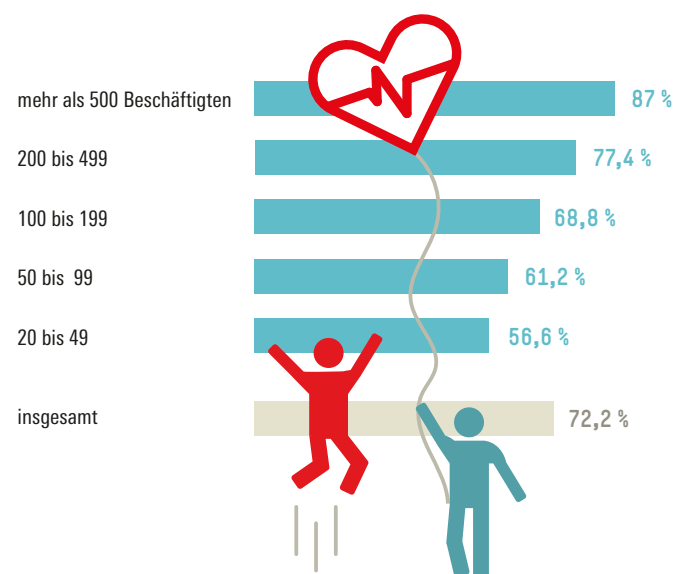
Gefährdungsbeurteilungen: Die Psyche kommt zu kurz

An die allgemeine gesetzliche Pflicht, regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen durchzuführen, halten sich der Befragung zufolge 91,9 Prozent der Betriebe. Auch hier ist über die Jahre ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen: 2015 waren es 77,7 Prozent. „Die klassische Gefährdungsbeurteilung scheint damit – zumindest in den mitbestimmten Betrieben – angekommen zu sein“, so Ahlers und Quispe Villalobos.

Weniger erfreulich falle die Bilanz bei den Gefährdungsbeurteilungen psychischer Belastungen aus, heißt es in der Studie. Solche Belastungen wurden 2021 bei 63,4 Prozent der Betriebe vollständig berücksichtigt, bei 20,1 Prozent teilweise. Immerhin scheint das Bewusstsein über die Jahre gewachsen zu sein: 2015 berichteten 31,3 Prozent der Befragten, dass entsprechende Gefährdungsbeurteilungen vollständig durchgeführt werden, 11,2 Prozent gaben an, dass es teilweise geschieht. Verantwortlich für den positiven Trend könnte nach Einschätzung der Expertinnen die stärkere Aufklärung und Unterstützung der Gewerkschaften sein. Zudem dürfte die Corona-Arbeitsschutzverordnung eine Rolle gespielt haben, die explizit eine Gefährdungsbeurteilung zu pandemiebedingt veränderter Arbeitsbelastung

Große Firmen tun mehr für die Gesundheit

Betriebliche Gesundheitsförderung gab es 2021 in den mitbestimmten Betrieben mit ...

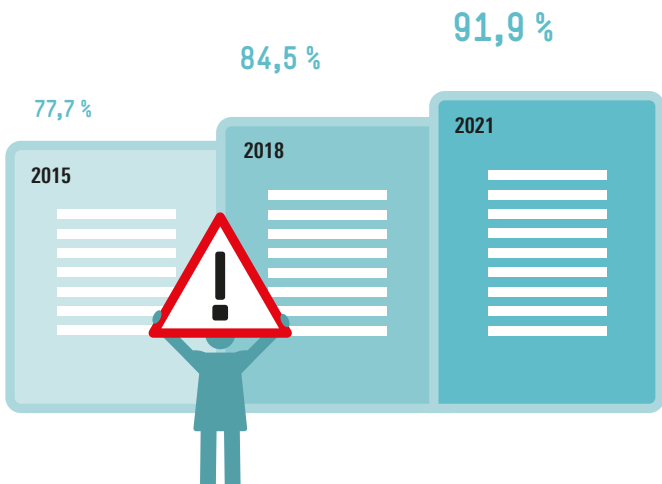


Quelle: Ahlers 2023

Hans Bockler
Stiftung

Mehr Gefährdungsbeurteilungen

Gefährdungsbeurteilungen haben von den mitbestimmten Betrieben durchgeführt ...



Quelle: Ahlers 2023

Hans Böckler
Stiftung

– beispielsweise in Form von Ängsten vor Ansteckung im Betrieb oder von Isolation im Homeoffice – vorsah.

Der Analyse müssen Taten folgen

Gleichwohl sei die Erfassung psychischer Belastungen nach wie vor keine Selbstverständlichkeit in den Betrieben, so die WSI-Forscherinnen. Hinzu kommt: Nur jeder zweite Betriebs- oder Personalrat gibt an, dass Beschäftigte in diesem Zusammenhang aktiv eingebunden werden. Außerdem scheinen auf die Analyse nicht zwingend Taten zu folgen: In nicht einmal jedem dritten Betrieb sind infolge von Gefährdungsbeurteilungen tatsächlich auch organisatorische Veränderungen umgesetzt worden. 41,5 Prozent der Befragten können zumindest eine teilweise Umsetzung bestätigen.

Dass generell das betriebliche Gesundheitsmanagement im Unternehmen nicht immer reibungslos funktioniert, führen 73,6 Prozent der Befragten auf Zeit- und Personalmangel bei den Akteuren des Gesundheitsschutzes zurück, 45,3 Prozent auf den Verwaltungsaufwand. Mangelndes Bewusstsein der Geschäftsführung wurde mit 43,7 Prozent 2021 seltener genannt als vor der Pandemie mit 50,9 Prozent. Auch fehlendes Fachwissen und die Komplexität der gesetzlichen Auflagen wurden weniger häufig für Probleme verantwortlich gemacht als 2018.

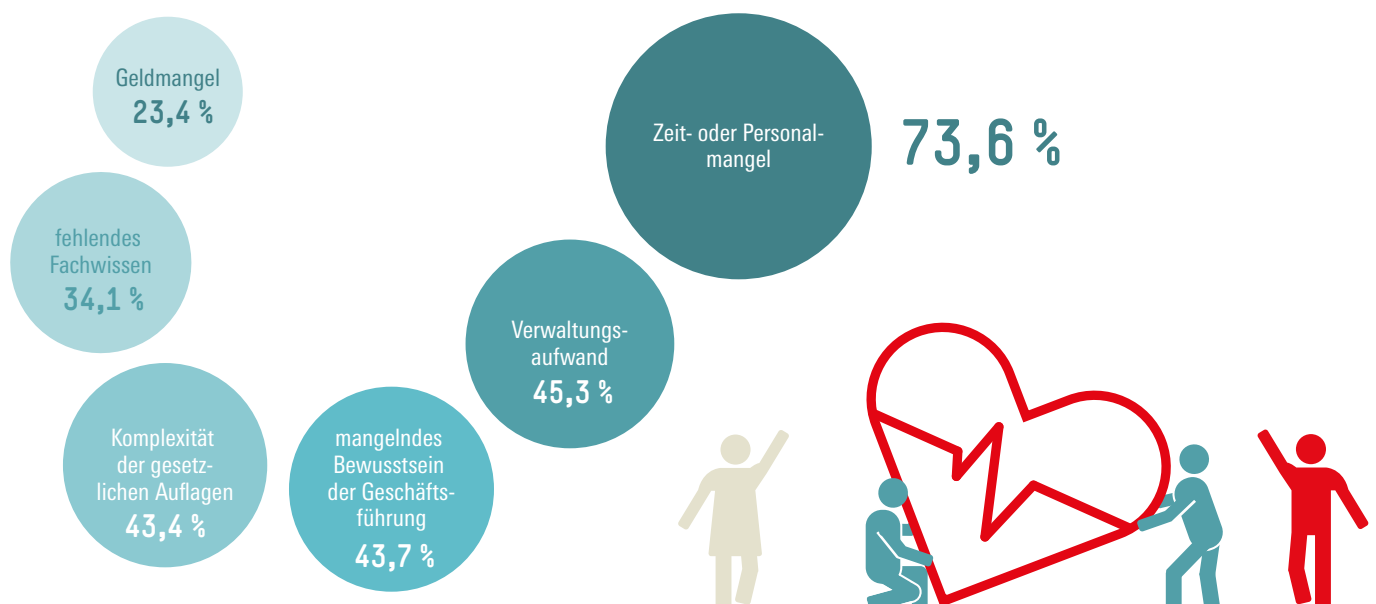
Alles in allem halten Ahlers und Quispe Villalobos es für „ein gutes Zeichen“, dass betriebliches Gesundheitsmanagement zunehmend zum Einsatz kommt. Es gebe allerdings auch Schwachstellen: Kleinere Betriebe etwa hinkten deutlich hinterher. Generell sei der Nutzen zudem begrenzt, wenn der Prozess der Gefährdungsbeurteilung „nur halbherzig und bürokratisch abgearbeitet wird“ und nach der Analyse ins Stocken gerät, weil Verantwortliche vor nachhaltigen Änderungen zurückschrecken. Zudem lasse die Beteiligung der Beschäftigten in der betrieblichen Praxis zu wünschen übrig. Das sei auch deshalb bedauerlich, weil Unternehmen angesichts von Arbeitskräfteengpässen ein besonderes Interesse an gesunden und zufriedenen Beschäftigten haben sollten.

Angesichts von Arbeitsverdichtung und Personalmangel gibt es auch Initiativen, den Gesundheitsschutz über mehr Mitbestimmungsrechte zu stärken. So sieht ein Gesetzentwurf von Fachleuten der DGB-Gewerkschaften, der Hans-Böckler-Stiftung sowie der Universitäten Göttingen und Bremen vor, dass Betriebsräte bei der Personalplanung in Firmen mit mehr als 20 Beschäftigten mitbestimmen können. <

Quelle: Elke Ahlers, Valeria Quispe Villalobos:
Betriebliche Arbeitswelt und Potenziale des Gesundheitsschutzes,
WSI-Report Nr. 89, Oktober 2023 [Link zur Studie](#)

Personalmangel macht Probleme

Ursächlich für Schwierigkeiten beim betrieblichen Gesundheitsmanagement in mitbestimmten Betrieben waren 2021 ...



Quelle: Ahlers 2023

Hans Böckler
Stiftung

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne,
Sabrina Böckmann

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei

www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns
eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de

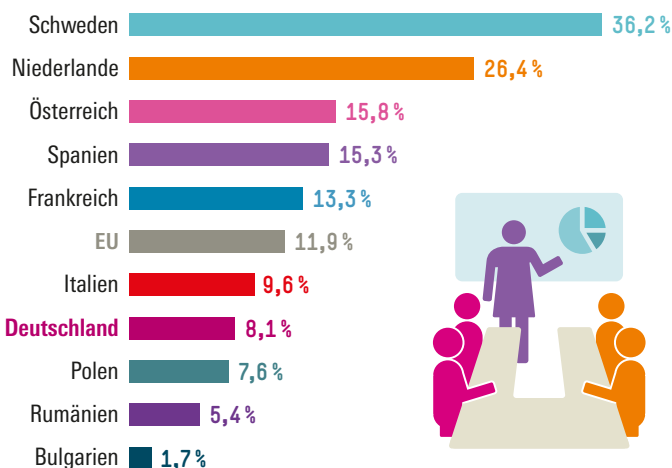
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen:
www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

BILDUNG

Wenig Weiterbildung in Deutschland

An Weiterbildung teilgenommen haben in den vier Wochen
vor der Befragung in ...



Quelle: Eurostat, Oktober 2023 [Link zur Studie](#)

FINANZEN

Sparsame Deutsche

Die Sparquote* betrug 2022 in ...

* gemessen am verfügbaren Einkommen

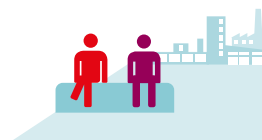
Schweiz	18,4%
Niederlande	12,7%
Deutschland	11,1%
Österreich	8,8%
Japan	5,4%
USA	3,7%
Italien	2,1%

Quelle: Destatis, Oktober 2023 [Link zur Studie](#)

ARBEITSMARKT

Höhere Arbeitslosigkeit im Westen erwartet

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rechnet für das kommende Jahr mit einem leichten Anstieg der Beschäftigung um etwa einen halben Prozentpunkt. Gleichzeitig wird die Zahl der Arbeitslosen auf rund 2,7 Millionen steigen. Dabei geht das IAB von starken regionalen Unterschieden aus. So wird die Arbeitslosigkeit im Westen stärker steigen als im Osten, aber auch innerhalb der Bundesländer rechnen die Forscher mit starken Schwankungen. Beispielsweise fallen die Prognosen für die einzelnen Bezirke der Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen sehr unterschiedlich aus. <

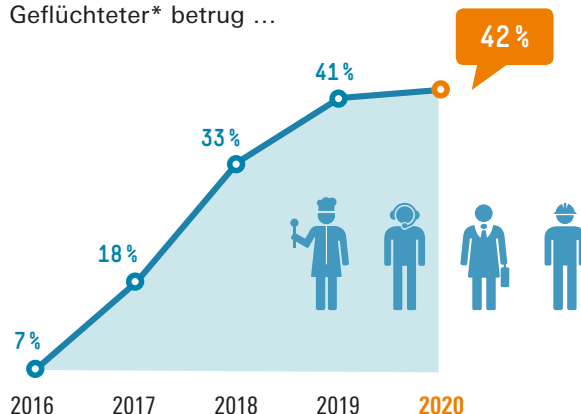


Quelle: IAB, Oktober 2023 [Link zur Studie](#)

MIGRATION

Integration von Geflüchteten kommt voran

Die Erwerbstätigenquote nach Deutschland
Geflüchteter* betrug ...



* im Jahr 2015 zugewanderte Geflüchtete im Alter von 18 bis 65 Jahren

Quelle: DIW, Oktober 2023 [Link zur Studie](#)